

EU-Info 1/2015

Arbeitsprogramm der EU-Kommission

Jean-Claude Juncker hält, was er verspricht. Die EU-Kommission ist politischer geworden, was sie mit der Vorlage des Arbeitsprogramms für 2015 unter Beweis stellte.

Auch die Präsentation des Programms Mitte Dezember im EU-Parlament war von markigen Sprüchen und politischen Aussagen Junckers geprägt, womit er sich von seinem Vorgänger Jose-Manuel Barroso deutlich unterscheidet.

23 neue Initiativen – 80 alte gestrichen

Getreu seinem Motto, die EU solle sich auf die großen Dinge konzentrieren, legte Juncker in seinem Arbeitsprogramm nur 23 neue Initiativen der Kommission vor. Diese betreffen v.a. die Bereiche Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion sowie Wege aus der Krise. Bedeutung hat aber auch die Energiepolitik, wo Junckers Trick besonders deutlich wird: Punkt 5 des Arbeitsprogramms nennt sich „Strategischer Rahmen für die Energieunion“ und zählt eine Reihe von Zielen auf, die damit erreicht werden sollen. De facto werden aus einer Initiative wohl 4-5 Richtlinienvorschläge/Kommissionsmitteilungen, ein Muster, das sich bei fast allen Initiativen wiederholt.

Nichtsdestotrotz bleibt das Arbeitsprogramm übersichtlich und genügt dem Anspruch, große Probleme von europäischer Dimension anzugehen.

Die Bündelung mehrerer Legislativvorschläge oder Kommissionsmitteilungen in einer Initiative könnte der Kommission immerhin helfen, insgesamt kohärenter zu werden. Dienststellenübergreifende Kohärenz zählt schon seit langem zu einer der Hauptforderungen des Österreichischen Gemeindebundes, bessere Rechtssetzung kann letztendlich nur dann gelingen, wenn Ähnliches auch ähnlich geregelt wird, unabhängig von der zuständigen Generaldirektion.

Die 23 Initiativen im Überblick:

- 1) Investitionsoffensive (315 Milliarden-Euro Paket);
- 2) Integration und Beschäftigungsfähigkeit im Arbeitsmarkt;
- 3) Zwischenbilanz der Europa 2020-Strategie;
- 4) Digitaler Binnenmarkt;
- 5) Strategischer Rahmen für die Energieunion;
- 6) Vorbereitung der Klimakonferenz von Paris;
- 7) Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen;
- 8) Arbeitsmobilitätspaket;
- 9) Kapitalmarktunion;

- 10) Rahmen für die Abwicklung von Finanzinstituten außerhalb des Bankensektors;
- 11) Luftfahrtpaket;
- 12) Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion;
- 13) Informationsaustausch bei länderübergreifenden Steuertatbeständen;
- 14) Aktionsplan gegen Steuerflucht und Steuerbetrug;
- 15) Überprüfung der EU-Handelspolitik;
- 16) Beitritt der EU zur EMRK;
- 17) Europäische Sicherheitsagenda;
- 18) Europäische Migrationsagenda;
- 19) Mitteilung zur Europäischen Nachbarschaftspolitik;
- 20) Mitteilung zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen nach 2015;
- 21) Interinstitutionelle Vereinbarung zur besseren Rechtssetzung;
- 22) Interinstitutionelles Transparenzregister;
- 23) Überprüfung der Zulassungsregeln für GVO;

Auf den ersten Blick finden sich also wenige Bereiche mit direkter Relevanz für die Gemeinden. Interessant werden natürlich die Umsetzung des Investitionspakets, die Vorschläge im Bereich Energieunion sowie die neuen Zulassungsregeln für GVO. Ankündigungen im Umweltbereich finden sich nur dort, wo bestehende Vorschläge zurückgezogen werden sollen (s.u.) und auch die Themen Mehrwertsteuersystem oder einheitliche Rechnungslegungsvorschriften (Stichwort EPSAS) sucht man vergeblich.

Die Neuordnung der die kommunale Ebene betreffenden Passagen der Mehrwertsteuersystemrichtlinie kann allerdings auf das Arbeitsprogramm 2014 zurückgeführt werden, bei EPSAS ist aus der Kommission zu hören, dass dieses Jahr die Konsultationsergebnisse sowie eine dazugehörigen Mitteilung präsentiert werden. Mit einem Legislativvorschlag ist vorerst also nicht zu rechnen.

Initiative Nr. 22: Transparenzregister

Das interinstitutionelle Transparenzregister beschäftigt die Kommunen nicht inhaltlich sondern politisch. Durch die Unterwerfung von Gemeinden und Kommunalverbänden unter das Register, das v.a. Kontakte zu und Einflussnahme auf die Europäischen Institutionen offenlegen soll, schickt die Kommission das Signal aus, die Gebietskörperschaft Gemeinde und ihre auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Vertretungsverbände sind im europäischen Gesetzgebungsprozess nichts anderes als Lobbyisten.

Der Österreichische Gemeindebund und seine Partner sind naturgemäß anderer Meinung, wobei auch gegen eine allgemeine Anwendbarkeit des Transparenzregisters grundsätzlich nichts einzuwenden wäre. Da Kommission und EU-Parlament jedoch die regionale Ebene und deren Vertretungen vom Register ausnehmen, ist es sachlich nicht zu rechtfertigen, lokale Gebietskörperschaften dem Register zu unterwerfen.

Rückzug des Abfallwirtschaftspakets

Ein Novum ist jedenfalls der Vorschlag, erst kürzlich eingebrachte Gesetzesinitiativen zurück zu ziehen. Prominentes Beispiel dafür ist das Kreislaufwirtschaftspaket, wobei – wenn Rat und Parlament dem Rückzug zustimmen – noch für 2015 die Vorlage eines neuen, verbesserten Pakets angekündigt wird.

Auch der Rückzug der Revision der Luftqualitätsrichtlinie erstaunt, wobei auch hier angekündigt wird, die Inhalte in das Energie- und Klimapakets zu integrieren.

Aus kommunaler Sicht ist der Rückzug dieser beiden Initiativen positiv zu werten. Weder der Ausschuss der Regionen noch die Kommunalverbände sind gegen deren Inhalte, kritisiert wurden jedoch die unzureichenden Folgenabschätzungen und das mangelnde Gespür dafür, wie Vorgaben in der Praxis umgesetzt werden.

Die Neuvorlage sollte als Chance gesehen werden, bereits diskutierte Verbesserungsvorschläge einzubauen und Pakete zu schnüren, die ambitioniert und realistisch zugleich sind.

Bewertung

Die 23 Initiativen des Arbeitsprogramms enthalten wenig Aufregendes für die Gemeinden und konzentrieren sich tatsächlich auf die Bereiche Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Steuern. Gelingt hier ein großer Wurf, könnte das Projekt Europa wieder an Fahrt gewinnen.

Die vorgeschlagenen Rückzüge im Umweltbereich sollten nicht überbewertet werden. Auch unter Juncker wird es noch genug umweltpolitische Initiativen geben, aber wohl erst im zweiten oder dritten Jahr seiner Amtszeit, wenn er sich nach den großen Ankündigungen auch wieder den „kleinen“ Dingen widmet.